



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

von Staatsministerin a. D. Roswitha Müller-Piepenkötter

(Remscheid), Mitglied im Beirat der Studie,

**im Pressegespräch zur Vorstellung der Studie „Sexueller Missbrauch an
Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche
Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“**

am 25. September 2018 in Fulda

zur Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

1. Zu den Ergebnissen und der Bedeutung der Studie

Das Ergebnis der Untersuchung zeigt, wie dringend notwendig eine solche Studie war. Sie kann die Grundlage für einen den Opfern gerecht werdenden Umgang mit ihnen und für wirksame Prävention sein.

- a) Bei allen Vorbehalten hinsichtlich der Repräsentativität werden der erschreckende Umfang und die Schwere der von Priestern der katholischen Kirche begangenen Missbrauchstaten und deren gravierende Folgen offensichtlich. Wenn in einer Größenordnung von 5 Prozent Kleriker durch Missbrauchstaten belastet sind, kann man nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Das bedeutet vor allem, dass es nicht damit getan sein kann, diese als Einzelfälle zu bedauern und abzuwickeln.
- b) Die Studie belegt auch, dass es sich nicht um ein vergangenes Problem handelt – Fälle bis 2014 sind festgestellt worden. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auch für die nahe Vergangenheit und für die Zukunft mit solchen Fällen zu rechnen ist. Deshalb besteht eine dringende Pflicht zum Handeln.
- c) Weiter zeigt die Studie, dass jedenfalls in der Vergangenheit viel zu lange Zeit zwischen dem Missbrauch und dessen Offenbarung vergangen und oft nicht angemessen reagiert worden ist, staatliche und kirchenrechtliche Strafverfahren nicht eingeleitet worden sind und z. B. durch Versetzungen an andere Stellen mit gleichen Tatgelegenheiten ohne Offenlegung des persönlichen Risikos weiteren Taten sogar noch Vorschub geleistet worden ist. Das ist eine grobe Ungerechtigkeit und

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Missachtung der Opfer. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, dass zur Zeit der Erhebung 2016 immer noch nicht alle Kleriker an den Präventionsschulungen der Diözesen teilgenommen, das Problem also offenbar immer noch nicht ernst genommen hatten.

- d) Wertvolle Erkenntnisse für Prävention und Intervention liefern die Ergebnisse zu möglichen Ursachen und Risikofaktoren. Dabei müssen auf jeden Fall neben den in der Öffentlichkeit bereits vielfach angesprochenen Fragen des Umgangs mit Zölibat und Homosexualität insbesondere die in der Studie herausgearbeiteten Probleme von Machtstrukturen und Machtkontrolle (Klerikalismus) angesprochen werden, denn aus allen Untersuchungen zu Sexualdelikten ist bekannt, dass dabei Machtausübung eine ebenso große Rolle spielt wie sexuelle Aspekte.

2. Folgerungen

Wenn die katholische Kirche in Deutschland ihrem aus dem Christentum an sich selbst zu stellenden Anspruch gerecht werden will, muss sie den Weg der Aufarbeitung strikt fortsetzen und in wichtigen Punkten radikal ändern.

- a) Die Verantwortlichen in den Bistümern müssen sich konkret und im Einzelfall zu ihrer Verantwortung bekennen. Fehlverhalten bei der Behandlung von Missbrauchsfällen muss schonungslos offengelegt, die Verantwortlichen müssen benannt werden und eine angemessene persönliche Reaktion erfolgen. Die Erklärungen einiger Bischöfe im Vorfeld der offiziellen Vorstellung der Studie lassen hoffen, dass diese Notwendigkeit erkannt worden ist.
- b) Die Benennung von Verantwortlichen darf aber nicht dazu führen, dass wiederum hier Einzelverschulden gesucht und damit die Sache abgeschlossen wird. Eine Überprüfung der Strukturen und Hierarchien ist genauso erforderlich, Defizite der Kommunikation und Probleme der Abschottung des Klerus sind zu bearbeiten.
- c) Auch der Umgang mit Opfern in den letzten Jahren ist trotz aller Bemühungen des Missbrauchsbeauftragten der Bischofskonferenz zu überprüfen. Die Studie bestätigt alle Erfahrungen über die Folgen von Sexualdelikten. Dazu gehören insbesondere Störungen des Selbstbildes und Leiden unter Kontrollverlust, die sich in sozialen Beziehungen und gesellschaftlicher Teilhabe auswirken. Dem kann nicht allein durch materielle Entschädigung und Unterstützung bei Therapien entgegengewirkt werden. Die Verantwortlichen müssen sich den Opfern selbst stellen und dürfen diese Aufgabe nicht an Missbrauchs- und Interventionsbeauftragte delegieren. Das fordern Opfer zu Recht. Erst dann wird die Kirche in ihrem Kampf gegen Missbrauch in den eigenen Reihen und für Gerechtigkeit für dessen Opfer glaubwürdig.
- d) Präventionskonzepte dürfen nicht allein Dispositionen und persönliche Probleme der potentiellen Täter, die Täter-Opfer-Beziehungen und Tatgelegenheiten im Einzelfall im Auge haben. Das ist sicher wichtig, um Risikofaktoren zu identifizieren und zu

minimieren. Aber Machtstrukturen und Machtungleichgewichte, die Missbrauch begünstigt und Aufklärung verhindert haben, beziehen sich genauso wie auch die Probleme und Auffälligkeiten der potentiellen Täter eben nicht ausschließlich auf Missbrauchsdelikte, begünstigen deren Begehung aber und verhindern deren Aufklärung. Die Gutachter fordern deshalb zu Recht die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen in der Kirche und dem priesterlichen Rollenverständnis.

- e) Die Würde der Opfer gebietet es, dass Präventions- und Interventionskonzepte nicht ohne sie und über ihre Köpfe hinweg entwickelt und durchgeführt werden. Sie sind bei der Entwicklung einzubeziehen. auch können nur dann deren Erfahrungen und Kenntnisse genutzt werden, um wirksame Mechanismen für die Stärkung potentieller Opfer und gegen Machtmissbrauch zu entwickeln und um frühzeitiges Bekanntwerden und Intervention zu ermöglichen.